

# Die Räuber in Grün und Rot

Ein Trauerspiel in fünf Akten

---

NRW

und

Die liberale Aufklärung

# Rot-grüner Bildungsraub und die Einheitsschule

Familienfeindlich: 2005, nach zehn Jahren Rot-Grün, gab es in NRW lediglich 11.800 Kita-Plätze für unter Dreijährige. Die FDP-Fraktion prangerte in einer Landtagsdebatte 2007 das unzureichende Angebot an: „2,8 Prozent Bedarfsdeckungsquote, Schlusslicht unter den Bundesländern.“

Drastische Kürzungen zu Lasten der Kinder: SPD-Schulministerin Schäfer verkündete 2004 stolz: „Mit dem Finanzminister sei (...) Einvernehmen hergestellt worden, dass bis 2013 statt der von ihm vorgesehenen Einsparung von insgesamt 28.000 Jahresstellen höchstens 16.000 gestrichen werden können.“

Klientelpolitik: Rot-Grün hat außer an Gesamtschulen die Kinder an weiterführenden Schulen beim Ganztagsausbau diskriminiert. Die scheinheilige Erklärung der SPD-Fraktion in einer Landtagsdebatte 2010: „Es gab gar keine Anträge aus den anderen Schulformen.“

Dramatische Fehlentwicklungen an den Schulen: Mehr als 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall dokumentieren das rot-grüne Versagen. Die SPD-Abgeordnete und Ex-Schulministerin erklärt hierzu 2009 im Landtag, man solle nicht in dieser Vergangenheit bohren: „Das wollen die Wähler gar nicht wissen.“

NRW auf Abstiegsrängen bei Bildungsvergleichen: In keinem anderen Bundesland war der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischem Erfolg so groß wie in Nordrhein-Westfalen. Das geht aus einer Antwort der rot-grünen Landesregierung auf eine Anfrage der FDP-Fraktion hervor.

Die Grünen wollen in NRW die Einheitsschule einführen und Gymnasien sowie Realschulen zerschlagen. Schon 2004 erklärten die Grünen im Landtag: „(...) Die Perspektive, auf die wir hinarbeiten, (ist) klar: die Überwindung der Vielgliedrigkeit.“

# FDP-Landtagsfraktion: Förderung für jedes Kind

→ 2010 gibt es in NRW mehr als 100.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Wir haben mit dafür gesorgt, dass die Zahl innerhalb der letzten fünf Jahre nahezu verneunfacht worden ist. Die FDP-Fraktion will NRW zum familienfreundlichsten Land bundesweit machen.

→ Trotz angespannter Finanzlage haben wir die Prioritäten glasklar bei Bildung gesetzt, damit jedem Kind beste Bildungschancen ermöglicht werden. In einem finanziellen Kraftakt haben wir seit 2005 mit dafür gesorgt, dass insgesamt 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen worden sind.

→ Wir haben in NRW bis 2010 jeder zweiten Hauptschule den Ganztags ermöglicht, der Anteil der Offenen Ganztagsgrundschulen ist von 20 auf über 85 Prozent angestiegen. In einem ersten Schritt werden auch 216 Gymnasien und Realschulen in NRW zu Ganztagschulen ausgebaut.

→ Herausragender Erfolg: Wir haben mit dafür gesorgt, den katastrophalen rot-grünen Unterrichtsausfall annähernd zu halbieren.

→ Die FDP-Fraktion hat dazu beigetragen, dass der Schulhaushalt in NRW um zwei Milliarden Euro erhöht worden ist. Mit 40,5 Prozent der Landesmittel gibt kein Bundesland so viel für die Bildung aus wie Nordrhein-Westfalen. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen.

→ Wir setzen auf Vielfalt statt Einfalt. Deshalb haben wir in NRW alle Schulformen des gegliederten Schulsystems gestärkt. Wir haben für mehr Lehrer, mehr Unterricht, mehr Durchlässigkeit, mehr Ganztags und mehr individuelle Förderung gesorgt.

# Grüne Angstkampagne und Fortschrittsfeindlichkeit

Miserable Bedingungen: Trotz überfüllter Hörsäle, schlechter Studienbedingungen und einer dramatischen Unterfinanzierung der Hochschulen flicht Rot-Grün Haushaltslöcher mit den 2003 eingeführten Langzeitstudiengebühren, statt sie in die Verbesserung von Wissenschaft und Lehre zu investieren. Die FDP-Fraktion kritisierte 2002 im Landtag: „Hier geht es ganz offen und unverblümt allein darum, mit Studiengebühren akute Haushaltslöcher zu stopfen.“

Fortschrittsfeindlich: Rot-Grün blockiert Innovationen und Forschung in NRW. Wichtige Bereiche wie Gentechnik und Stammzellforschung werden wegen „vermeintlicher ethischer Bedenken“ verhindert, kritisierte die FDP-Fraktion 2004 in einer Landtagsdebatte. Der Eon-Betriebsratschef warnt öffentlich vor den Grünen: „In unserem Land muss die Vernunft regieren, nicht grüne Ideologie.“ Er beklagt, Entwicklungen in der Energiebranche und bei der Bio- und Gentechnologie würden verhindert.

Forschungsfeindlich: Der rot-grüne Feldzug gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie ist maßlos. Erst Anfang 2010 fordert die SPD-Fraktion die schwarz-gelbe Koalition im Landtag auf, sämtlichen nordrhein-westfälischen Projekten etwa zur Kernsicherheitsforschung den Geldhahn zuzudrehen.

Ohne Perspektive: Laut Innovationsbericht 2009 gab es in NRW im Zeitraum von 2003 bis 2005 im Bereich Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft lediglich ein minimales Beschäftigungsplus von 572 Arbeitsplätzen.

# FDP-Landtagsfraktion: Optimismus und Innovation

—> Verbesserung von Studium und Lehre: Mit der Einführung des sozialverträglichsten Studienbeitragsgesetzes bundesweit haben wir mit dafür gesorgt, dass den Hochschulen die Möglichkeit gegeben worden ist, bis zu 500 Euro zu erheben. 280 Millionen Euro nehmen die Hochschulen so jährlich ein, die direkt zur Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden. Die FDP-Fraktion hat dazu beigetragen, dass die dramatische Unterfinanzierung des Wissenschaftsbereiches beendet und die Innovationsbedingungen in NRW verbessert worden sind. Die jährlichen Ausgaben des Landes für Wissenschaft und Forschung sind heute rund 713 Millionen Euro höher als 2005.

—> Wir haben 2005 in NRW damit begonnen, die ideologischen Festlegungen und Eingrenzungen in der Forschungsförderung, etwa bei der Kerntechnologie oder der Bio- und Gentechnologie, zu beenden.

—> Die FDP-Fraktion hat mit dafür gesorgt, dass bereits 2006 in Aachen und Jülich die vier Forschungsprofessuren für Kerntechnik, Entsorgung und Strahlenschutz wieder neu besetzt wurden. Kerntechnischer Kompetenzerhalt und Mitsprache bei der Entwicklung höchster internationaler Sicherheitsstandards liegen in jeder Hinsicht im Interesse aller Bundesbürger.

—> Wir machen NRW forschungsfreundlich: Die Zahl der Beschäftigten im Bereich von Forschung und Entwicklung ist in NRW deutlich stärker angestiegen als im Bundesdurchschnitt. Allein im Bereich der Wirtschaft sind laut Innovationsbericht 2009 innerhalb von nur zwei Jahren 4.594 neue Vollzeit Arbeitsplätze hinzugekommen, das entspricht einem Plus von rund elf Prozent und ist der höchste Zuwachs in der Geschichte des Landes.

# Rot-grüner Stillstand und Blockade

Rot-grünes Bürokratiemonster: Das Tariftreugesetz verteuert öffentliche Aufträge und gefährdet Arbeitsplätze. Der Städte- und Gemeindebund bemängelt 2004: „Statt dem erhofften Schutz vor Lohndumping hat es nur bürokratischen Mehraufwand und Verunsicherung gebracht“. Die Forderung: „Es muss aufgehoben werden“.

Regelungswut: Statt die Zahl der Vorschriften wie versprochen zu halbieren, erfolgt unter Rot-Grün eine Normenflut mit abstrusen Vorgaben wie 2001 dem Kuscherlass. Darin war vorgeschrieben, wie viel Zeit ein Bauer jedem Schwein im Stall widmen musste. Der Bayer-Betriebsratsvorsitzende formulierte 2005 auf den Punkt, was grüne Umweltpolitik zur Folge hat: „Wer Grün wählt, entscheidet sich gegen Jobs in Deutschland.“

Spaßverderber: Unter Rot-Grün mussten in Biergärten und Straßencafés bereits um 22 Uhr die Stühle hochgeklappt werden.

Überregulierung: Rot-Grün hat Bürgern und Einzelhändlern vorgeschrieben, wann sie einkaufen bzw. ihre Geschäfte schließen sollen.

Bevormundung: SPD und Grüne wollen per Gesetz das Rauchen in allen Gaststätten komplett verbieten, die Grünen sogar in Biergärten.

Stillstand: Rot-Grün blockierte Autobahnlückenschlüsse und Ortsumgehungen. 2004 gab es nur einen Planfeststellungsbeschluss. In zehn Jahren Rot-Grün sind nicht einmal die NRW zustehenden Bundesmittel vollständig abgerufen worden.

Wirtschaftsfeindlich: Der Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück verzögert sich seit Jahren, weil die grüne Umweltministerin zum angeblichen Schutz des Bachneunauges erzwungen hat, dass eine gläserne Start- und Landebahn über den Eltingmühlenbach gebaut werden muss.

# FDP-Landtagsfraktion: Bürokratie- abbau und mehr Tempo

→ Die FDP-Fraktion hat zügig damit begonnen, Nordrhein-Westfalen von Bürokratie und Überregulierungen zu befreien. 2006 beschloss der Landtag: „Das Tariftreugesetz NRW vom 17. Dezember 2002 wird aufgehoben.“

→ Wir treiben seit 2005 den Bürokratieabbau massiv voran. 138 Landesbehörden wurden bereits abgeschafft oder zusammengelegt. Von 2005 bis 2010 konnten über 14.000 Stellen sozialverträglich abgebaut werden. In den zurückliegenden fünf Jahren haben wir mehr als 400 Gesetze und Verordnungen abgeschafft, zusammengeführt oder verhindert.

→ Wir haben bereits 2006 die Öffnungszeiten von Biergärten im Interesse der Verbraucher und des Gastgewerbes auf 24 Uhr verlängert.

→ Wir haben im Jahr 2006 ein kunden- und einzelhandelsfreundliches Ladenöffnungsgesetz beschlossen, das die Öffnungszeiten an Werktagen vollständig freigibt.

→ Das Nichtraucherschutzgesetz gewährleistet erstmals in NRW einen umfassenden Schutz vor Passivrauch insbesondere in sensiblen Bereichen wie Kindergärten oder Schulen. Zugleich ermöglichen wir mit der bundesweit liberalsten Regelung unseren Kneipen in NRW, Angebote auch für rauchende Gäste zu machen, und sichern unsere lebendige Kneipenkultur.

→ Seit 2005 hat die FDP-Fraktion daran mitgewirkt, dass 50 Planfeststellungsverfahren abgeschlossen werden konnten. Alle für NRW vorgesehenen Bundesmittel werden jetzt auch tatsächlich in unserem Land investiert.

→ Wir haben den Flughäfen in NRW wieder Planungssicherheit gegeben. Wir sorgen mit einer modernen, ideologiefreien Verkehrspolitik für mehr Mobilität in NRW. Die FDP-Fraktion ist der Motor für die Logistikkreiselbahn NRW.

# Rot-grüner Anschlag auf den Industriestandort

Gefahr für den Industriestandort NRW: Die grüne Landtagsfraktion will den Baustopp für sämtliche Kraftwerke in NRW. Das würde Hunderttausende Arbeitsplätze gefährden und die Deindustrialisierung NRWs zur Folge haben. Davor warnte die FDP-Fraktion ausdrücklich in der letzten Landtagsdebatte dieser Legislatur.

Rot-grüne Steuererhöhungsphantasien: Ideenreichtum legt Rot-Grün an den Tag, wenn es um neue Steuern und Abgaben geht, wie die Wiedereinführung der Wassersteuer, die Einführung einer Flächenverbrauchssteuer oder die Einführung des Kieseuros.

Bedrohung für den Chemiestandort: Die Grünen fordern 2010 den Baustopp der CO-Pipeline, deren Errichtung sie im Landtag 2006 noch mit beschlossen hatten: „Zudem fordern wir die anderen Fraktionen im Landtag auf (...), das Projekt CO-Pipeline sofort zu beenden.“

Subventionsirrsinn: Rot-Grün versenkt Milliarden im subventionierten Steinkohlebergbau. Die SPD-Fraktion will auch künftig Steuergeld verschleudern: „Wir stehen weiterhin für einen dauerhaften Sockelbergbau.“

Lähmung und Standortnachteile: Ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmer und deren Jobs geben die Grünen Feldhamstern Vorrang vor Industrieprojekten und führten eine Feldhamstermeldeprämie ein. In einem Antrag der FDP-Fraktion 2004 hieß es: „Bei der Errichtung des grenzüberschreitenden Gewerbegebietes Avantis zwischen Aachen und Heerlen hat der bloße Verdacht eines Feldhamstervorkommens, der selbst durch aufwändigste Suchaktionen nicht bestätigt werden konnte, zu einem fünf Jahre dauernden Rechtsstreit geführt.“

Rot-Grün steht für die „Verspargelung“ der Landschaft durch Windindustrieanlagen.

# FDP-Landtagsfraktion: Für Arbeitsplätze im Industrieland NRW

→ NRW ist der wichtigste Industrie- und Energiestandort bundesweit. Die FDP-Fraktion will, dass dies auch künftig so bleibt. Für NRW ist eine Energie- und Klimaschutzstrategie entwickelt worden, mit der auch künftig sichere, umweltfreundliche und preiswerte Energie ermöglicht sowie der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 81 Millionen Tonnen pro Jahr reduziert wird. Kernstück ist das Kraftwerkserneuerungsprogramm, mit dem bis 2020 rund 9 Milliarden Euro in 7 neue Kraftwerke investiert werden.

→ Wir haben der Wassersteuer den Hahn abgedreht und den Kieseuro verhindert. Betriebe und Verbraucher sind durch das rot-grüne Wasserentnahmeentgelt jährlich mit rund 86 Millionen Euro belastet worden. Eine Zusatzbelastung, die auf Druck der FDP-Fraktion abgeschafft wird.

→ Wir haben uns dafür eingesetzt, dass für Industrieprojekte wie die hochmodernen, emissionsarmen Kraftwerke Datteln und Krefeld oder die CO-Pipeline verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit geschaffen werden können.

→ Historischer Erfolg: Die FDP-Fraktion hat den Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau durchgesetzt. Wir investieren in helle Köpfe statt in dunkle Schächte. Die FDP-Fraktion will diesen Ausstieg allerdings weiter beschleunigen, um noch mehr Subventionen für bessere Bildung in NRW umzuwidmen.

→ Die FDP-Fraktion hat zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen. Trotz der schlimmsten Wirtschaftskrise sind seit 2005 rund 250.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in NRW entstanden. Rot-Grün hatte in zehn Jahren 300.000 Arbeitsplätze vernichtet.

→ Die FDP-Fraktion hat mit dem Windkrafteerlass erreicht, dass der Abstand der Windkraftanlagen zur Wohnbebauung von 300 m auf bis zu 1.500 m erhöht wird und damit die „Verspargelung“ der Landschaft gestoppt und dem Anwohnerschutz endlich Rechnung getragen werden kann.

# SPD und Grüne im Bündnis mit Linksextremisten

Rot-Grün steuert zielgerichtet auf ein Bündnis mit den Linksextremisten zu. Das ist schon 2008 das Fazit einer Debatte im nordrhein-westfälischen Landtag über die Gefahren des Linksextremismus. Während sich die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen vor der Debatte drückten, schlossen ihre Parlamentssprecher ein Bündnis mit der Linken ausdrücklich nicht aus.

Rot-rot-grünes Linksbündnis: Statt den Wählern wie versprochen reinen Wein einzuschenken, scheuen die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen im Frühjahr dieses Jahres bei einer Landtagsdebatte über Linksextremismus das Rednerpult wie der Teufel das Weihwasser. Erst nach Kritik des FDP-Fraktionsvorsitzenden Gerhard Papke, sie wollten kneifen, treten die Fraktionsvorsitzenden von Rot-Grün ans Rednerpult. Um eine klare Aussage, wie sie es mit den Linken halten, drücken sich beide dennoch.

Auch die SPD-Fraktion hält sich die Linkspartei als Machtreserve offen: „Ich betreibe keine Ausschließeritis“, erklärt deren Fraktionsvorsitzende gebetsmühlenartig. In der Grünen-Fraktion heißt es zu Rot-Rot-Grün: „Wir schließen eine Koalition mit der Linken nicht aus.“ Und die Fraktionschefin sagt zur Frage, ob die Grünen mit der Linkspartei regieren können: „Wir würden ausloten, was geht.“

Dass Rot-Grün ein Bündnis mit den Linksextremisten anstrebt, wird von der FDP-Fraktion eindeutig mit Aussagen von Rot-Grün belegt. Die FDP-Fraktion zitiert Ex-Umweltministerin Höhn, die in Interviews ausdrücklich erklärt: „Wenn Rot-Grün-Rot möglich wäre, aber nicht zustande kommt, liegt das nicht an den Grünen.“

# FDP-Landtagsfraktion: Keine Zusammenarbeit mit Extremisten

→ Die FDP-Fraktion schließt die Zusammenarbeit mit Extremisten strikt aus. Gerade in NRW gehörte es über Jahrzehnte zu den selbstverständlichen Gemeinsamkeiten der demokratischen Parteien, die Zusammenarbeit mit Extremisten sowohl von links als auch von rechts auszuschließen. Dennoch bereiten SPD und Grüne in NRW ein Bündnis mit den Linksextremisten vor.

→ Die FDP-Fraktion fordert Rot-Grün mehrfach im Landtag auf, eine Koalition mit der SED-Nachfolgepartei im nächsten Landtag auszuschließen. Rot-Grün hält sich die Zusammenarbeit mit den Linken offen. Sie stellen den Konsens der Demokraten in Frage, um mit einer Gruppierung, die in Teilen verfassungsfeindlich ist, Nordrhein-Westfalen zu regieren.

→ Die Linkspartei in NRW wird seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet. In dessen aktuellen Bericht heißt es: „Ein klares und unmissverständliches Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie fehlt. Es bestehen daher Zweifel, ob die Partei ‚Die Linke‘ sich ideologisch, programmatisch, personell und hinsichtlich ihres politischen Handelns innerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewegt.“

→ Die FDP-Fraktion fordert 2008 alle Fraktionen im Landtag auf, ein gemeinsames Zeichen gegen Extremisten von links und rechts zu setzen. Für die FDP-Fraktion geht es dabei um die Grundsatzfrage: Wollen und können die demokratischen Parteien akzeptieren, dass extremistische Gruppierungen – egal ob von links oder rechts – wieder an die Macht in Deutschland kommen? Die Antwort der FDP lautet „Nein“. Rot-Grün gibt keine klare Antwort.

# Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen.

## Ihr Kontakt zu uns:

FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon: 02 11 / 884-44 42  
Telefax: 02 11 / 884-36 36

[fdp-fraktion@landtag.nrw.de](mailto:fdp-fraktion@landtag.nrw.de)  
[www.fdp-fraktion-nrw.de](http://www.fdp-fraktion-nrw.de)

Diese Druckschrift ist eine Information über die parlamentarische Arbeit der FDP-Landtagsfraktion NRW und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Diese Informationsschrift ist eine Reaktion und Richtigstellung zu der Veröffentlichung der Landtagsfraktion der Grünen „Die Räuber in Schwarz-Gelb“.

